

Letzte Runde!

Mittwoch macht das Camp in Strasbourg auf (derzeit wird es aufgebaut), dann heißt es: JETZT GEHT'S LOS! und BLOCK NATO! und NATO ZU! und NATO VERSENKEN! und NATO WEGTRETEN! und NATO EIN BISSCHEN BLOCKIEREN!...

Auf jeden Fall gibt es - wie zu erwarten war - kurz vorher nochmal Aufrufe, Berichte etc.

Aber zuerst nochmal der Hinweis auf die Radiosendung, die Sonntagabend lief, und die es in zwei Teilen im Internet zu hören oder herunterzuladen gibt:

- mit dem Antimilitarist Convergence Center (Freiburg):
<http://www.freie-radios.net/portal/content.php?id=27119>

- mit der antimilitaristischen gruppe (Münster):
<http://www.freie-radios.net/portal/content.php?id=27120>

...und dann der Hinweis, dass sich die NO NATO!-Initiative Münster am Mittwochabend zum letzten Mal trifft, und zwar um 20 Uhr in der Cafeteria in der ESG, Breul 43.

So, und nun folgt die 4. Rundmail des Friedensratschlags 2009, der Aufruf von IALANA und DFG-VK ("No to NATO!"), doch ganz unbedingt an den Protesten in Strasbourg und Baden-Baden teilzunehmen, und zum guten Schluss noch das Netzwerk Friedenskooperative mit einem eigenen Aufruf. Und danach folgen zwei sehr interessante Hintergrundartikel zur aktuellen „Sicherheitspolitik“ der Bundesregierung i.B.a. die Zusammenarbeit mit den anderen westlichen Ländern – auch im Bündnis der NATO - und zu den deutschen Repressionsorganen auf dem Gipfel in Baden-Baden, Kehl und Strasbourg.

Seeya at the barricades!
antimilitaristische gruppe (Münster)

4. Rundmail des Friedensratschlags

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die beiden Demos gestern in FFM und Berlin ("Wir zahlen nicht für eure Krise/Kriege") waren klasse! So könnte es weitergehen.

Mit diesem Rundmail erinnere ich vor allem an die Aktionen der Friedensbewegung anlässlich des NATO-Gipfels Ende nächster Woche in Baden-Baden und Strasbourg. Dabei wird es nicht möglich sein, alle "Events" zu erwähnen, geschweige denn zu würdigen. Wer sich selbst einen Überblick verschaffen möchte über die vielfältigen Aktivitäten, sollte die Website des Anti-NATO-Bündnisses aufsuchen: www.no-to-nato.org
Das wichtigste des umfangreichen Programms kann einem Faltblatt entnommen werden, das mittlerweile als Beilage diverser Zeitungen dient und hier als pdf-Datei gut herunterzuladen ist:

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/60/programm-flyer.pdf>

Darüber hinaus möchte ich aufmerksam machen auf zwei eigene aktuelle Beiträge zur NATO:

1) hat der Bundesausschuss Friedensratschlag die Regierungserklärung und die sich anschließende Bundestagsdebatte kommentiert und "7 Thesen zum NATO-Gipfel" präsentiert, die hier zu lesen sind:
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/60/baf.html>

Von dort kommt ihr auch auf die vollständig dokumentierte Bundestagsdebatte, die zur obszönen Jubelfeier für die "größte und erfolgreichste Friedensorganisation" aller Zeiten geriet - wären da nicht die kritische Stimme Lafontaines und das beherzte Auftreten einiger Abgeordneter der Linken gewesen, das übrigens bei YouTube

anzuschauen und anzuhören ist (Dauer: zweieinhalb Minuten):

<http://www.youtube.com/watch?v=ZqnSiaBcRq0>

2) kommt spätestens am Mittwoch, also noch rechtzeitig zum Gipfel, ein Friedens-Memorandum EXTRA zum Thema "60 Jahre NATO - Es reicht" heraus, das in Form einer handlichen Broschüre (65 Seiten, Preis: 3 EUR) einen tieferen Einblick in Geschichte, Kosten und Strategie der NATO erlaubt. Autoren sind Ulrich Cremer, der soeben im VSA-Verlag sein neues NATO-Buch vorgelegt hat, Lühr Henken (Hamburg), Arno Neuber (Karlsruhe) und meine Wenigkeit. Herausgeber ist der Bundesausschuss Friedensratschlag und die AG Friedensforschung an der Uni Kassel. Bestellungen (ab drei Exemplare!) nehme ich gern entgegen: <mailto:strutype@uni-kassel.de>

Noch ein Wort zur Beteiligung der Friedensbewegung an den Aktivitäten in Strasbourg:

Ich hoffe, dass wir viele werden und dass viele Friedensfahnen in Strasbourg (Großdemonstration 4. April) und Baden-Baden (Kundgebung 2. April) wehen. Je mehr wir werden, desto weniger wird die Rechnung der NATO-Sicherheitskräfte aufgehen, die Demonstration zu stören. Werben möchte ich insbesondere auch für die internationale Konferenz (Freitag und Sonntag) in Strasbourg. Friedensfreundinnen und -freunde, die Englisch und/oder Französisch übersetzen können, sollen sich bei mir melden. Vielleicht gelingt es ja noch, die beiden Workshops, für die der Friedensratschlag verantwortlich ist, auch sprachlich ein wenig zu internationalisieren! Die Workshops (zum Thema: NATO, Geschichte und Strategie und zum Thema NATO und Afghanistankrieg) finden am Freitagnachmittag statt.

In der Hoffnung auf zahlreiches Wiedersehen in Baden-Baden und Strasbourg verbleibe ich mit herzlichen Grüßen

Peter

P.S.: Da es ja noch ein friedenspolitisches Leben jenseits des NATO-Gipfels gibt, weise ich diesmal mit besonderem Nachdruck auf die umfassende Website der AG Friedensforschung hin:

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/>

Quelle: <http://www.no-to-nato.org>

Gegen Krieg und Grundrechteabbau nach Strasbourg

Reiner Braun/ IALANA
Monty Schädel / DFG-VK

Mitglieder der Internationalen und nationalen Vorbereitungscommittees

- Bunte und blaue Friedensfahne werden am 4.4.2009 überall in Strasbourg wehen.
- Internationale Demonstration am 4.4. wird der Höhepunkt der gemeinsamen Aktionen der Friedenbewegung sein

Strasbourger Bürger mussten auf Aufforderung der Polizei in den letzten Tagen die Pace-Regenbogenfahne vom Balkon nehmen. Was kann symbolischer die Demokratiefeindlichkeit, die Angst vor der freien Meinung und vor dem Friedens-Willen der Bürgerinnen und Bürger demonstrieren als eine solche Maßnahme. Wer Krieg plant und führt, greift auch immer die Demokratie an.

Unsere Antwort kann nur sein: Auch Du musst nach Strasbourg kommen! Jetzt gilt es, alle die noch zögern anzusprechen.

Auch mit dieser Demonstration entscheidet sich: Wer prägt das öffentliche Bild, was bleibt hängen vom Gipfel, wer hat die Hegemonie über die öffentliche Meinung? Wir die zehntausenden phantasievollen und kreativen Demonstrantinnen und Demonstranten oder die grüne Machtmaschine mit den grauen Hintermännern und der Kriegsmaschinerie?

Deswegen ist jedeR, der den Frieden will oder ihm näher kommen will, aufgefordert: Komm nach Strassburg und bringe die Freundin und den Freund, den Kollegen oder die ausländische Mitbürgerin mit!

Phantasievoll und gewaltig, friedlich und kreativ wird unser Protest sein. Aufstehen für den Frieden. Gründe gibt es mehr als genug.

Ihre findet viele auf der Webseite: www.no-to-nato.org

Die NATO wird am 3./4. April in Baden-Baden, Kehl und Strasbourg ihr 60jähriges Bestehen feiern. Das kann nur als eine Einladung an uns, die Friedens- und Antikriegsbewegung gewertet werden. Die NATO steht für militärische Durchsetzung westlicher Interessen, sie ist und wird immer mehr ein Kriegsführungsbündnis und rüstet sich auf breiter Front für künftige Kriege. Von einer atomarer Erstschlagstrategie über die Eskalation der Aufstandsbekämpfung in Afghanistan bis hin zur institutionellen Runderneuerung:

- 60 Jahre nach der Gründung
 - 20 Jahre nach der Auflösung des Warschauer Vertrages
 - 10 Jahre nach dem völkerrechtswidrigen selbstmandatierten Krieg gegen Jugoslawien
 - 7 Jahre nach dem Beginn des Krieges in Afghanistan
- ist die NATO überflüssig wie am ersten Tag und gehört aufgelöst.

Dass sich die NATO auch mit Unterstützung des neuen Präsident Barack Obama wandeln und friedfertiger werden soll, wird bereits durch die ersten Entscheidungen der US-Administration zum Abzug der Besatzungssoldaten aus dem Irak widerlegt. Anstelle diese in die USA zurück zu beordern, werden 17.000 neue US-Soldaten in den Krieg nach Afghanistan umgeschichtet. Weitere NATO-Staaten ziehen nach und erhöhen ebenso ihre Truppenkontingente. Es geht nicht darum die NATO friedlicher zu machen – die NATO gehört abgeschafft!

Überall auf der Welt müssen die Menschen die Kriegspolitik der NATO-Staaten ertragen, werden bedroht und überfallen. Doch überall auf der Welt wird auch der Widerstand dagegen größer. Parallel zu der Demonstration am 4. April in Strasbourg wird es mindestens auch in Istanbul, New York, Nikosia, Athen und Vincenza Demonstrationen der Friedens- und Antikriegsbewegung geben.

Jetzt liegt es auch an uns, dass die NATO-Regierungsschefs, Außen- und Kriegminister nicht den Eindruck gewinnen, dass ihre Politik auf Zustimmung trifft.

Mit massenhaften Demonstrationen in Baden-Baden, Kehl und Strasbourg und mit einer effektiven Blockade der Tagungsstätten müssen wir unsere Ablehnung der menschenverachtenden NATO-Politik deutlich machen. Es geht aber auch um Analyse und Alternativen: deshalb rufen wir zur Beteiligung am internationalen Friedenskongress und zur War Assembly am Freitag bzw. Sonntag auf. Mit Freundinnen und Freude über Strategien und Aktionen zu diskutieren, ist ein fester Bestandteil unseres Aktionsplanes und macht auch noch Spass.

Lasst uns unsere Forderung „Nein zum Krieg – Nein zur Nato!“ millionenfach auf die Straße bringen, rund um den Erdball, in Baden-Baden, Kehl und Strasbourg sowie an tausenden Orten in Euren Regionen. Vielfältig und bunt wollen wir der Kriegspolitik der NATO entgegen treten, Krieg als Verbrechen an der Menschheit geißeln und unsere Vorstellungen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen darstellen und formulieren. Die Regierungen in der Bundesrepublik und Frankreich bereiten sich mit einem riesigen Polizeiaufgebot, Militäreinsatz und NO-GO-Zonen auf den Gipfel der KriegsführerInnen vor. Freiheit und Grund- und Menschenrechte, die ja angeblich mit den Kriegseinsätzen rund um die Welt verteidigt werden sollen, werden geschleift.

Kommt mit zu den Protesten und macht deutlich:

Wir lassen uns unser Recht zum Demonstrieren nicht nehmen!

Mit uns werden mit Friedensbewegten aus über 30 Ländern in Strasbourg demonstrieren. Wir werden mit unserer Internationalität an die große internationale Friedensgemeinschaft gegen den Irak Krieg anknüpfen,

die damals von der New York Times als 2. Supermacht bezeichnet wurde.

Alle Informationen zum Stand der Planungen, über die Anreise, Busse, aber auch das vielfältige Programm findet ihr auf der Website www.no-to-nato.org und den von dort weiter verlinkten Seiten der organisierenden Spektren.

Am 28.03.2009 werden den Tageszeitungen junge Welt (www.jungewelt.de) und Neues Deutschland (www.neues-deutschland.de), eine Beilage mit umfangreichen Informationen, Adressen und Telefonnummern zu den Details des Protestes vom 01. bis zum 05. April enthalten. Die tageszeitung (www.taz.de) wird die Beilage am 01. April haben.

Diese Beilage ist auch in englischer und französischer Sprache erhältlich

Online-Protest

Zur Wahrung unserer Rechte auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit protestieren wir aber nicht nur auf der Straße sondern auch online bei den Verantwortlichen in der Politik und Verwaltung der Bundesrepublik und Baden-Württembergs. Macht mit unter www.frieden-mitmachen.de

Mit vielen Menschen auf dem Weg und auf den Straßen gegen den NATO-Kriegsgipfel können wir dem Anliegen widersprechen, ein Kriegsbündnis zu feiern sei etwas Gutes.
Kommt nach Baden-Baden, Kehl und Strasbourg!

Euer

Monty und Reiner

Infos Nato-Protest: Auf nach Baden-Baden, Kehl und Strasbourg!

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Das Netzwerk Friedenskooperative ermuntert nochmals zum Engagement und zur Teilnahme an den Aktionen zum NATO-Gipfel vom 1.-5. April.

Viele Nachrichten über die Haltung der französischen und deutschen Behörden wirken ja ein wenig abschreckend. Aber das kennen wir ja und wissen: Der Protest gegen die Kriegspolitik der NATO-Staaten und für unsere friedenspolitischen Alternativen ist gleichzeitig die Verteidigung der Meinungsfreiheit und des Demonstrationsrechts gegen obrukkeitsstaatliche Willkür.

Dem übertriebenen Polizeiaufgebot sollten wir mit heiterer Gelassenheit und dem Beharren auf unseren Rechten begegnen. Und mit sehr vielen Menschen!

Aber ein starkes Stück ist das schon:

Präsident Sarkozy hat sich gegenüber dem zuständigen Präfekten ausbedungen, er wolle keinen einzigen Demonstranten zu Gesicht bekommen. Immer noch soll die Demonstration in die Außenbezirke abgedrängt werden. In Strasbourg hat die Polizei sogar Friedensfahnen in Fenstern beschlagnahmt, usw.

Bei der Anreise und zu Demonstrationsbeginn ist mit umfangreichen Kontrollen zu rechnen, die baden-württembergische Polizei spricht gar im Hinblick auf in ihren Augen gewaltbereit erscheinende TeilnehmerInnen in erschreckend geschichtsblinder Wortwahl von "Selektion" und "Abarbeitung" auf der deutschen Rheinseite. Gegen unakzeptable Auflagen für den Ostermarsch BaWü (= unsere Auftaktdemonstration am 4.4.2009) klagt das Friedensnetz Baden-Württemberg vor Gericht.

Dennoch: Alles in allem haben wir eine gute Chance, dem Treffen der Kriegsplaner einen großen, bunten und vielfältigen Protest entgegen zu setzen. So sehen das auch Monty Schädel und Reiner Braun in ihrem schreiben für den Veranstalterkreis: "Phantasievoll und gewaltig, friedlich und kreativ wird unser Protest sein.

... Die NATO ist überflüssig wie am ersten Tag und gehört aufgelöst. ... Parallel zu der Demonstration am 4. April in Strasbourg wird es mindestens auch in Istanbul, New York, Nikosia, Athen und Vincenza Demonstrationen der Friedens- und Antikriegsbewegung geben."

Wir fassen nochmals die Eckpunkte der Aktionen zusammen und bitten Euch/Sie, die jeweils aktuellen Infos auf den diversen Webseiten zu verfolgen (siehe vor allem <http://www.no-to-nato.org>):

Bisher bekannte Termine zum Thema und weitere Infos finden sich auch unter <http://www.no-to-nato.org/de/termine/>

Als Beilage in den Tageszeitungen Junge Welt und Neues Deutschland sind umfangreiche Aktionsinfos am 28.3. erschienen, die Taz folgt am 1. April.

Für das Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit wird auch online protestiert. Macht mit unter www.frieden-mitmachen.de

Aktionen/Veranstaltungen:

0. Das Wetter wird mitspielen, es wird wärmer und trockener.

1. Das Camp/Village im südlichen Ortsteil Ganzau steht zur Verfügung. Adresse: 207 Rue de la Ganzau, F-67200 Strasbourg

Zur Zeit läuft der Aufbau, viele Menschen sind bereits da, die Infrastruktur wächst und die Nachrichten von dort sind ausgesprochen optimistisch. Eröffnung ist am Mittwoch, 1. April mit einem Fest.

Anmeldung: natogipfel2009@riseup.net

Infos: <http://camp09.blogspot.de/>

2. Anreise und Internationale Demonstration am Samstag, 4. April:

Der Sonderzug (Friedenslok) über Nordrhein-Westfalen nach Kehl hat jetzt die Zusicherung, auch tatsächlich bis Kehl zu gelangen (selbst das war bis vor Kurzem noch strittig).

Infos: <http://www.friedenslok.org>.

Die zweitbeste Anreise zur Demo sind sicher die Busse (siehe u.a.

<http://www.attac.de/aktuell/nato/busboerse/>)

Für die Anreise am 4.4. per PKW rät die DFG-VK Mittelbaden:

Die B 28 ist zwischen der A 5 Appenweier und Kehl von 6 Uhr bis gegen 10 Uhr gesperrt. Wer von Norden über Landstraßen anreist, parkt im Industriegebiet Kehl-Auenheim, wer von Süden kommt, parkt in Kehl-Sundheim (Supermärkte!). Noch besser: Mit der Bahn+Rad nach Appenweier oder Offenburg, von dort aus gute Radwege. Die Ortenau-S-Bahn verkehrt zwischen Appenweier und Kehl NICHT von 6,34 bis 10,30h. Später sollte eine Rückfahrt möglich sein.

Auftaktkundgebung am 4.4.:

11 Uhr in Kehl Marktplatz

11,30 h OSTERMARSCH zur Europabrücke

13,00 h Kundgebung in der Nähe der Europabrücke auf der französischen Seite mit u.a. Bianca Jagger (Großbritannien), Malalai Jova (Afghanistan) und Leyla Zana (Türkei)

anschließend Internationale Demonstration nach Strasbourg "No to Nato - No to War!

(<http://www.no-to-nato.org/de/demonstration-4409/>)

3. Aktionen Zivilen Ungehorsams / Blockaden:

Dazu ist eine frühere Anreise und möglichst die Teilnahme an Aktionstrainings im Camp zu empfehlen. Die

Aktionen sind für 6 bis 12 Uhr in Strasbourg vorgesehen.

Infos dazu siehe: <http://www.block-nato.org> sowie: <http://www.nato-zu.de>

4. Zu den Aktionen des Vortags, Freitag 3. April, in Baden-Baden siehe: <http://www.antinatobuendnisbad.de>

5. Internationaler Kongress "No to NATO – No to War"

Freitag 3. April (10 bis 17.30 Uhr) und Sonntag 5. April (10 bis 16Uhr)

Der Kongress findet statt im Centre Sportif Lixenbuhl in Illkirch-Graffenstaden. (Centre Sportif Lixenbuhl, 24, Rue Lixenbuhl, F 67400 Illkirch-Graffenstaden) Der Ort liegt südlich von Strasbourg, ist aber sehr bequem mit der Straßenbahn Linie A erreichbar (Endstation Lixenbuhl) siehe: www.no-to-nato.org/de/kongress-3-50409/
Anmeldung: registration@jalana.de

Wir freuen uns auf vielfältige lebendige Aktionen und Diskussionen und ein starkes Signal der Zivilgesellschaft gegen Krieg und Militär und für politische zivile Konfliktlösungen.

Mit herzlichen und friedlichen Grüßen aus dem Büro des Netzwerks Friedenskooperative
Kristian Golla, Mani Stenner, Julia Wisniewski

P.S.: Die Aktionen des No to Nato-Bündnisses können finanziell unterstützt werden. Unterstützungskonto:
Monty Schädel – Peter Delis Kto-Nr. 1 202 006 548 bei der Sparkasse Frankfurt 1822 (BLZ 500 502 01)
Stichwort: No to NATO. Hinweis: Für Zahlungen auf dieses Konto können leider keine Spendenquittungen
ausgestellt werden.

Netzwerk Friedenskooperative
Römerstr. 88, D- 53111 Bonn
Tel. 0228/692904, Fax: 0228/692906
friekoop@friedenskooperative.de
www.friedenskooperative.de
Spendenkonto: Förderverein Frieden e.V.
Kto-Nr. 33 0 35 bei Sparkasse KölnBonn (BLZ 370 501 98)

Quelle: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57504> vom 30.03.2009

Nur noch rechtshistorisch bedeutsam

BERLIN/BADEN-BADEN/KEHL (Eigener Bericht) - Wenige Tage vor Beginn der Proteste gegen den NATO-Gipfel fordert die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) eine Zentralisierung der inneren Repression. Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten sei angesichts der Bedrohung durch "Terrorismus" und "Extremismus" nicht länger aufrechtzuerhalten, behauptet der BAKS-Experte für Staats- und Völkerrecht. Auch müssten die Landesämter für Verfassungsschutz in das Bundesamt für Verfassungsschutz eingegliedert werden und diesem zu größerer Schlagkraft verhelfen. Die Forderungen schließen an ältere Stellungnahmen aus der Bundesakademie an, die für die Errichtung eines "Nationalen Sicherheitsrates" plädieren. Sie zielen auf den Aufbau straff zentralisierter Repressionsapparate, wie sie die Alliierten nach den deutschen Verbrechen der NS-Zeit nicht mehr zulassen wollten. Das bereits jetzt erreichte Niveau der inneren Repression lässt sich am Vorgehen von Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr gegen die Anti-NATO-Proteste ablesen: Rund 15.000 Polizisten und mindestens 600 Soldaten stehen zum Einsatz gegen Kritiker des westlichen Kriegsverbündnisses bereit.

Telepolis Artikel-URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30013/1.html>

Sicherheitsforschung für den "westlichen Lebensstil"

Bundesregierung hat ein wissenschaftliches Kooperationsabkommen mit den USA, Frankreich und Israel unterzeichnet. Im Mittelpunkt steht der "Schutz kritischer Infrastrukturen" und "Krisenmanagement"

Von Hanne Jobst, 27.03.2009

Mitte März diesen Jahres hatten Bundesforschungsministerin Annette Schavan und US-Heimatschutzministerin Janet Napolitano in Berlin ein [Regierungsabkommen](#) (1) über die "wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit" in der Sicherheitsforschung [unterzeichnet](#) (2). Gegenstand des Vertrages war die "Abwehr und das Aufspüren von Bedrohungen der zivilen Sicherheit und die Reaktion auf diese Bedrohungen", "Kriminaltechnik und Einstufung in Bezug auf Sicherheitsbedrohungen", der "Schutz von kritischen Infrastrukturen und Schlüsselressourcen" und "Krisenreaktion und Folgenmanagement sowie Schadensbegrenzung bei folgenschweren Ereignissen". Vergangene Woche wurden nun vom [Bundesministerium für Bildung und Forschung](#) (3) (BMBF) ähnliche Vereinbarungen mit [Frankreich](#) (4) und [Israel](#) (5) geschlossen.

Unter dem Motto "Anstrengungen bündeln und Aktivitäten verstärken" fördert das BMBF zusammen mit der französischen [Agence nationale française de la recherche](#) (6) (ANR) die bilaterale Kooperation zum "Schutz vor Terrorismus, organisierter Kriminalität, Naturkatastrophen und Großunfällen". Die Sicherheitsforschungsprogramme beider Länder sollen verschränkt und einander zugänglich gemacht werden. Besonderes Augenmerk angesichts zunehmender Risiken von Staatsbankrotten gilt der "Sicherung der Warenketten". Französische und deutsche Forschergruppen sollen im Rahmen von Ausschreibungen des BMBF und der ANR gemeinsam Anträge einreichen und damit einen "Beitrag zur europäischen Sicherheitsarchitektur leisten".

Mit dem Projekt "ChipSenSiTek" (Chip-basierte photonische Gassensoren für die Sicherheitstechnik) wurde zudem die erste offizielle Zusammenarbeit deutscher und israelischer Forschungsgruppen begonnen. Ziel ist auch hier die "Entwicklung innovativer Lösungen insbesondere zum Schutz der zivilen Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen" sowie Krisenmanagement. In den nächsten Jahren sollen die "wissenschaftlichen, technologischen und industriellen" Kooperationen zwischen Deutschland und Israel weiter ausgebaut werden. Das BMBF fordert zusammen mit dem israelischen Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Sport (7) (MOST) und dem [Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit](#) (8) (MOITAL) Antragsteller beider Länder zur Einreichung von Vorschlägen auf. An dem Gesamtprojekt ist auch die israelische Industrie beteiligt.

Know-how-Transfer zwischen Polizei, Geheimdiensten und Militär

Federführend im Bereich deutscher Sicherheitsforschung ist das [Fraunhofer Institut](#) (9), in dem 2002 eigens ein [Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung](#) (10) (VVS) aus sechs Fraunhofer-Instituten eingerichtet wurde, der eng mit dem Verteidigungsministerium zusammenarbeitet. Karlsruhe bzw. Baden-Württemberg werden damit zu einem [zivil-militärischen Zentrum für Grundlagen- und Projektforschung](#) (11). Hauptaufgaben sind das "Sicherstellen der Dual-Use-Forschung und des Know-how-Transfers zivil/militärisch" sowie "Unterstützung der wehrtechnischen Industrie". Die forschungsstrategische Ausrichtung gilt der "Führungsfähigkeit, Nachrichtengewinnung und Aufklärung". Der VVS sieht sich [als Wegbereiter einer zukünftigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik](#) (12).

2006 [veranstaltete](#) (13) das Fraunhofer Institut erstmals die Konferenz "Future Security". Als prominenter Gast verkündete die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan (CDU), die [grundsätzliche Neuausrichtung deutscher Sicherheitsforschung](#) (14). Wie im gesamten Feld europäischer Innenpolitik [verschmelzen Institutionen innerer und äußerer Sicherheit](#) (15) unter der Rechtfertigung des Beitrags zum Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität. Europaweit findet eine Neubewertung von innerer Sicherheit statt:

Bei den Überlegungen zur Sicherheitsforschung zeigt sich, dass eine zu enge Interpretation von terroristischer Bedrohung nicht zielführend ist. Organisatorische und technologische Leistungsfähigkeit der Rettungs- und Sicherheitskräfte, geringe Verletzlichkeit von technischen Systemen oder Infrastrukturen und die Früherkennung entstehender Bedrohungen sind wesentliche Schritte auf dem Weg zu einem breitenwirksamen Schutz vor Bedrohungen der zivilen Sicherheit.

(Bundesministerin Annette Schavan)

2007 gab das BMBF die [Leitlinien einer neuen "nationalen Strategie zur Sicherheitsforschung"](#) (16) bekannt. Das "multidisziplinäre" Projekt soll Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, Gesellschafts- und Geisteswissenschaften vereinen, das Militär soll mehr von den Sozialwissenschaften profitieren. Weitreichende wehrtechnische Forschungsprogramme werden zukünftig aus dem Haushalt ziviler Ressorts bestritten.

Die Zusammenführung ziviler und militärischer Forschung soll "zersplitterten Ansätzen" entgegenwirken. Wie auch in dem letztes Jahr vorgelegten NATO-Strategiepapier [Towards a grand strategy for an uncertain world](#) (17) wird ein "ganzheitlicher Ansatz" (NATO: "comprehensive approach") gefordert, der alle Kräfte der Zivilbevölkerung (nötigenfalls mit einer "hearts and minds"-Kampagne) im Kampf gegen den Terrorismus mobilisiert. Wie die NATO-Strategen ("defend the member states' territorial integrity and protect their citizens' way of life, including their values") fordert Schavan mehr Anstrengungen zur Sicherung europäischer Werte:

Sicherheitsforschung im bisherigen Verständnis konzentrierte sich auf militärische Anwendungsbereiche. Die Herausforderung der Zukunft liegt jedoch mehr und mehr darin, die zivile Sicherheit zu gewährleisten. Dort müssen wir neue Wege suchen, um unsere Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und den damit verbundenen freiheitlichen Lebensstil zu sichern.

(Bundesministerin Annette Schavan)

Bis 2012 stehen rund 123 Millionen € für das Programm bereit. Ziel ist die Steigerung der Markt- und Exportchancen ("der Markt sicherheitstechnischer Produkte und Dienstleistungen verspricht hohe Wachstumsraten"). Allein in Deutschland gibt es bundesweit [1 Million Feuerwehr-Angehörige, 280.000 Polizisten, 170.000 private Wachdienste](#) (18).

Das Pooling der Forschungsinstitutionen findet in enger Abstimmung mit dem Innen- und Verteidigungsministerium statt, deren Vertreter im Lenkungsgremium repräsentiert sind. Profitieren sollen neben Sicherheitsindustrie, Militär, Geheimdiensten und Polizei auch Feuerwehren, das technische Hilfswerk und Katastrophenschutz sowie "private Betreiber sicherheitsrelevanter Infrastrukturen" wie Energieversorger, Transport- und Kommunikationsunternehmen. Partner und Zielgruppen der zivil-militärischen Forschung sind die Industrie, Operatoren kritischer Infrastruktur, Universitäten und alle Sicherheitskräfte. Die "nationale Strategie zur Sicherheitsforschung" ist, wie auch der Tenor des NATO-Strategiepapiers, auf die frühzeitige Erkennung von Gefahren und Prävention bzw. frühzeitiger Intervention ausgerichtet.

Als besonders risikoträchtige Sektoren gelten "Grenzsicherung", "Personen-Screening", "Crowd-Control" auf Großveranstaltungen ("mayor events" wie etwa Gipfeltreffen oder Sportereignisse), Warenströme, Logistikketten, Versorgungsinfrastrukturen und Verkehrssysteme sowie Internet und Telekommunikation. Geforscht wird etwa zum Einsatz von Satelliten und Drohnen, Robotik, Körperscannern, Gift- und Bombendetektoren, biometrischen Erkennungssystemen, IT- und Kommunikationstechnik.

2008 hat das BMBF eine neue [Förderrichtlinie zur stärkeren Berücksichtigung "gesellschaftlicher Dimensionen der Sicherheitsforschung"](#) (19) [aufgelegt](#) (20). Geistes- und Kulturwissenschaftler sollen sich stärker mit der Entwicklung moderner Sicherheitstechnologien beschäftigen. Zudem sollen Forschung und IT-Sicherheit weiter miteinander verzahnt werden.

Europäische Forschung zur "intelligenten Überwachung"

Auch in anderen Ländern entstanden [neue Forschungsverbünde zur Sicherheitsforschung](#) (21), darunter in Großbritannien ([Security and Counterterrorism Science and Innovation Strategy](#) (22)), Frankreich ([Concepts, Systèmes et Outils pour la Sécurité Globale](#) (23)), Österreich ([Österreichisches Förderprogramm für Sicherheitsforschung](#) (24)) und Finnland ([Tekes Safety and Security Programme](#) (25)).

Die nationalen Programme sind eng in das europäische [7. Forschungsrahmenprogramm](#) (26) [eingebettet](#) (27) ([Milliarden für die Sicherheitsforschung](#) (28)). Ebenfalls 2007 neu aufgelegt wird dort der Bereich [Sicherheitsforschung](#) (29) (European Security Research Programme - ESRP) erstmals als eigener Themenschwerpunkt angesprochen. Von deutscher Seite wurde das ESRP von Repräsentanten des BKA, der Fraunhofer Gesellschaft sowie den Rüstungskonzernen Siemens, Diehl und EADS auf den Weg gebracht. Budgetiert mit 1,4 Milliarden € auf sieben Jahre soll das ESRP helfen, "Technologien zu entwickeln und eine

Wissensgrundlage zu schaffen, die dazu geeignet sind, die europäische Gesellschaft und ihre Bürger vor Bedrohungen, wie Terrorismus, organisierte Kriminalität, Naturkatastrophen sowie Industrieunfällen zu schützen". Das ESRP will sowohl die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit aufheben ("Synergien nutzen"), wie auch internationale Kooperation stimulieren. Das Programm ist in Missionen gegliedert:

1. Sicherheit der Bürger
2. Sicherheit von Infrastrukturen und Versorgung
3. Intelligente Überwachung und Grenzsicherheit
4. Wiederherstellung der Sicherheit im Krisenfall

sowie drei Querschnittsaktivitäten:

1. Integration, Zusammenschaltung und Interoperabilität von Sicherheitssystemen
2. Sicherheit und Gesellschaft
3. Koordinierung und Strukturierung der Sicherheitsforschung

Auch die europäischen Innenminister fordern in ihrer Wunschliste [Freedom, Security, Privacy - European Home Affairs in an open world](#) (30) mehr Anstrengungen im Bereich europäischer Sicherheitsforschung:

The research and development activity on European-level security equipment should similarly be considered a priority. In this context intensified use should be made of means available in the 7th Framework Programme for research and technological development. The entire area of security technology has undergone major developments. Efforts must be made to standardise new materials in order to obtain better interoperability.

(Informal High Level Advisory Group on the Future of European Home Affairs Policy - "The Future Group")

Die Innenminister wünschen sich im neuen Fünfjahresplan etwa die Einführung "unbemannter Systeme" in der Polizeiarbeit ("Unmanned Air Vehicles", "Drohnen", in Sichtweite ferngesteuert und mit Kameras ausgerüstet) sowie neue Hard- und Software zur automatisierten Auswertung der umfangreichen Datenbestände ("Daten-Tsunami") europäischer Verfolgungsbehörden.

Vor allem westeuropäische Rüstungsfirmen profitieren von den zivilen Projektgeldern der EU.

Forschungsministerin Schavan geht davon aus dass 20% der Mittel nach Deutschland fließen. Das ESRP wurde seit 2002 vorbereitet von einer "Group of personalities" (GoP), von denen ein Drittel als Vertreter der wehrtechnischen Industrie einen [militärischen Hintergrund](#) (31) haben (BAE Systems, Diehl, EADS, Ericsson, Finmeccanica, Indra, Siemens und Thales). Seit 2005 wird das ESRP vom [European Security Research and Innovation Forum](#) (32) (ESRIF) gesteuert, in dem die vier verschiedenen "stakeholder groups" Nachfrage, Anbieter, Zivilgesellschaft sowie EU-Agenturen repräsentiert sind, darunter Europol und Frontex. Im Vorstand des ESRIF findet sich Jürgen Stock, Vizepräsident des Bundeskriminalamts (BKA).

"Stakeholder" BKA

Das [BKA](#) (33) ist in den nationalen und europäischen Sicherheitsforschungsprogrammen sowohl als Nutzer von Sicherheitsforschung als auch Forschungsinstitution vertreten. Ein wesentliches Interesse des BKA an der Sicherheitsforschung liegt in der Evolution seiner [Früherkennungsstrategie](#) (34), im Prinzip eine Fortführung der Rasterfahndung nach Vorbild des Präsidenten von 1971 bis 1981, Horst Herold. Priorität dürften die Bereiche Aufklärung (Satelliten, Geoinformationssysteme, Telekommunikationsüberwachung, Entschlüsselung), Forensik, Dokumentensicherheit, Biometrie und Datamining (und die automatisierte Suche nach Risiken, "Clustern") haben:

In Zusammenarbeit mit Verbänden oder gemeinnützigen Vereinen werden durch das Bundeskriminalamt kriminalpräventive Zielsetzungen thematisiert und Strategien entwickelt, um potenziellen Straftätern den Einsatz neuer Technologien für ihre Zwecke zu erschweren und präventive Konzepte zu entwickeln.

(Jürgen Stock, BKA- und Interpol-Vizepräsident)

Seit über 10 Jahren ist das BKA beispielsweise Mitglied im Verein [TeleTrust](#) (35), der "richtungsweisende Entwicklungen für die Sicherheitsarchitektur" von Informations- und Kommunikationstechnik vorantreibt. Mit dem [Competence Center for Applied Security Technology](#) (36) arbeitet das BKA mit zwei Fraunhofer-Instituten im Rahmen von IT-Sicherheit [zusammen](#) (37). Zum Ausbau der Strategie der "Früherkennung" kooperiert die Behörde mit der [Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft](#) (38) oder der Consulting-Firma [Securicon](#) (39).

Gegenwärtig haben sich laut Stock "40 Global Player-Unternehmen für die Zusammenarbeit entschieden", "zahlreiche gegenseitigen Informationsbesuche" von Einzelunternehmen nicht mitgezählt. BKA-Verbindungsbeamte treffen immer häufiger mit ausländischen Firmenvertretern zusammen und sammeln "wichtige Informationen, die unsere Erkenntnisse ergänzen und in unsere Früherkennungsstrategien einfließen".

In einem Workshop mit Mitarbeitern des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) lotete das BKA Mitte letzten Jahres neue [Möglichkeiten für die polizeiliche Nutzung von Satellitenaufklärung](#) (40) aus. Beteiligt waren zudem mehrere Landeskriminalämter, die Bundespolizei und das Bundesministerium des Innern. Neben dem großen Interesse an der Auswertung von Satellitenbildern wünschen sich die Verfolgungsbehörden auch eine Implementierung neuer Möglichkeiten der Trägheitsnavigation mittels GPS.

Das DLR stellt für das BKA einen wichtigen Kooperationspartner dar, von dessen Unterstützung die Sicherheitsbehörden in vielerlei Hinsicht profitieren können.

(Jörg Ziercke, BKA-Präsident)

Satellitenaufklärung ist mittlerweile in der Lage, tageslichtunabhängig (allerdings abhängig von der Umlaufbahn) Bilder bis zu einer Pixel-Größe von 50cm zu liefern und damit beispielsweise Bodenveränderungen automatisiert zu erkennen. Damit würden etwa Einsätze von militärischer Aufklärung für die Polizeiarbeit durch diskretere Methoden ersetzt werden können. 2007 hatte die Bundeswehr der Polizei beim G8-Protest in Heiligendamm mittels Tornado-Aufklärern Bildmaterial zur Detektion etwaiger Depots für Material zum Bau von Barrikaden [geliefert](#) (41).

Die in dem Workshop formulierten "Anforderungen" der Verfolgungsbehörden finden Eingang in die Entwicklung des [Europäische Programm für Globale Beobachtung von Umwelt und Sicherheit](#) (42) (GMES), der europäische "Kerndienst" im Bereich der Nutzung von Satelliten für zivile Sicherheit.

Links

(1) <http://www.bmbf.de/de/13409.php>

(2) <http://www.heise.de/security/USA-und-Deutschland-wollen-bei-ziviler-Sicherheit-gemeinsam-forschen--/news/meldung/134618>

(3) <http://www.bmbf.de>

(4) <http://www.bmbf.bund.de/press/2458.php>

(5) <http://www.bmbf.bund.de/press/2458.php>

(6) <http://www.agence-nationale-recherche.fr/>

(7) <http://Annual International Space Conference ... www.most.gov.il/English/>

(8) <http://www.moital.gov.il/NR/exeres/B0B48981-357D-446F-AFAC-91A358E93C87.htm>

(9) <http://www.fraunhofer.de/>

(10) <http://www.vvs.fraunhofer.de/de/index.html>

(11) <http://www.secarts.org/journal/index.php?show=article&id=822>

(12) http://www.vvs.fraunhofer.de/pdf/VVS2008_dt_monitor.pdf

(13) <http://www.heise.de/newsticker/Future-Security-ist-Homeland-Security--/meldung/75040>

(14) http://www.bmbf.de/pub/mr_20060704.pdf

(15) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29802/1.html>

(16)

http://www.bmbf.de/pot/download.php/M%3A0+Forschung+f%FCr+die+zivile+Sicherheit/~DOM;/pub/forschung_g_fuer_zivile_sicherheit.pdf

(17) http://www.csis.org/media/isis/events/080110_grand_strategy.pdf

(18) http://www.euro-police.com/pdf/senger_2007.pdf

- (19) <http://www.bmbf.de/foerderungen/13124.php>
- (20) <http://www.heise.de/newsticker/Bundesregierung-will-Sicherheitskultur-foerdern--/meldung/118473>
- (21) <http://www.zeit.de/online/2008/49/sicherheitsforschung-linkliste>
- (22) <http://security.homeoffice.gov.uk/news-publications/news-speeches/science-strategy>
- (23) <http://www.agence-nationale-recherche.fr/appel-a-projet/17?NodId=17&IngAAPId=127>
- (24) <http://www.ffg.at/content.php?cid=124>
- (25) <http://akseli.tekes.fi/opencms/opencms/OhjelmaPortaali/ohjelmat/Turva/en/etusivu.html>
- (26) http://cordis.europa.eu/fp7/home_en.html
- (27) <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/sicherheit.htm>
- (28) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/16/16772/1.html>
- (29) http://ec.europa.eu/enterprise/security/index_en.htm
- (30) <http://www.statewatch.org/news/2008/jul/eu-futures-jha-report.pdf>
- (31) <http://www.zeit.de/online/2008/49/sicherheitsforschung-historie?page=1>
- (32) <http://www.esrif.eu/>
- (33) <http://www.bka.de/>
- (34) <http://euro-police.noblogs.org/post/2008/09/08/juergen-stock>
- (35) <http://www.teletrust.de/>
- (36) <http://www.cast-forum.de/home.html>
- (37) <http://www.heise.de/newsticker/CAST-Workshop-diskutiert-kriminologische-Fragen--/meldung/119539>
- (38) <http://www.asw-online.de/mitglieder/index.php>
- (39) <http://www.securicon.com>
- (40) http://www.bka.de/pressemitteilungen/2008/pm080604_dlr.html
- (41) <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,503651,00.html>
- (42) http://ec.europa.eu/gmes/index_en.htm